



Bei der Stimmabgabe: Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton gab in der Nähe ihres Wohnortes Chappaqua im US-Bundesstaat New York gestern ihre Stimme ab. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump wählte zusammen mit seiner Ehefrau Melania in einer Schule im New Yorker Stadtteil Manhattan. Wahlberechtigt waren etwa 219 Millionen Menschen. Voraussetzung war, dass sich die Wähler registrieren ließen. Mehr als 42 Millionen Amerikaner hatten bereits frühzeitig abgestimmt. Fotos: AFP

„Einwanderungspolitik wird zentrale Rolle spielen“

Amerika-Spezialist Manfred Berg von der Universität Heidelberg über die Herausforderungen, vor denen Amerika steht

Der Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA ist von enormer politischer Bedeutung. Aber auch historisch gesehen ist sie ein Markstein. Darüber und über zu erwartende soziale Entwicklungen in den USA sprach unser Redaktionsmitglied Udo Stark mit Manfred Berg, Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg.

Was wird für die kommende Präsidentschaft bestimmender sein: die Innen- oder die Außenpolitik?

Berg: Das ist deshalb nicht vorhersehbar, weil es immer Ereignisse geben kann, die eine Eigendynamik entfalten. Als George W. Bush im Januar 2001 sein Amt antrat, konnte niemand die Terroranschläge des 11. September voraussehen, deren Folgen seine gesamte Präsidentschaft bestimmten. Barack Obamas Handlungsspielraum war von vorneherein durch die Finanz- und Wirtschaftskrise eingengt. Absehbar ist in der Innenpolitik, dass die Einwanderungspolitik eine zentrale Rolle spielen wird, denn die illegale und legale Einwanderung hat in den vergangenen Jahren zu den wichtigsten Faktoren der politischen Polarisierung gehört. Außenpolitisch dürfte insbesondere das Verhältnis zu Russland und China, den beiden geopolitischen Konkurrenten der USA, auf der Tagesordnung stehen. Trump hat im Wahlkampf erkennen lassen, dass er bereit wäre, Russland als Hegemonialmacht in Osteuropa anzuerkennen, China dagegen sieht er vor allem als wirtschaftlichen Konkurrenten. Hillary Clinton hat im Wahlkampf angedeutet, sie würde wohl versuchen, Amerikas Rolle als weltpolitische Supermacht Nummer eins wiederherzustellen.

War Obama ein großer Präsident?

Berg: Als große Präsidenten gelten Washington, Lincoln und Franklin Roosevelt. Ob ein Präsident groß war, hängt zum einen davon ab, wie man den Begriff definiert – zu oft ist Kriegsruhm ein Kriterium für Größe – zum anderen von der Perspektive und vom zeitlichen Abstand. Ob spätere Generationen Obama als groß bezeichnen werden, wird also davon abhängen, ob sich Entwicklungen, die er angestoßen hat, in Zukunft als historische Weichenstellungen erweisen werden, etwa die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung. Man wird wohl sagen können, dass Obama mit seiner nachfrageorientierten Konjunkturpolitik bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich war, wenn auch um den Preis einer weiteren massiven Staatsverschuldung. In der Außenpolitik hat er den allerdings sehr kontroversen Atom-Deal mit dem Iran und die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba vorzuweisen, seine Syrienpolitik wird dagegen kritisch beurteilt. Außen-

politisch war er ein Präsident, der Amerikas „imperiale Überdehnung“ zu beenden versucht hat.

Wie ist es möglich, dass nach den Hoffnungen zu Beginn der Amtszeit Obamas die Stimmung dermaßen umschlagen konnte?

Berg: Zum einen war es zu erwarten, dass die Obamania von 2008 und 2009 enttäuscht werden würde, weil der Präsident vor extremen Herausforderungen stand und schlicht einen begrenzten Handlungsspielraum hat. Zum anderen handelte es sich weniger um eine Abwendung seiner Anhänger, sondern um einen hasserfüllten „backlash“ in Teilen der weißen Wählerschaft, der Tea Party, die sich einfach nicht mit einem Afroamerikaner im Weißen Haus abfinden wollte. Dass es während seiner Präsidentschaft zu einer Verschlechterung der Rassenbeziehungen kam, ist tragisch, aber ebenso wenig die Schuld des Präsidenten wie die weitere Verschärfung der politisch-gesellschaftlichen Polarisierung. Obama war als Ver-



MANFRED BERG vom historischen Seminar Heidelberg. Foto: pr

Schuld des Präsidenten wie die weitere Verschärfung der politisch-gesellschaftlichen Polarisierung. Obama war als Ver-

söhner angetreten, aber gegen die wachsende Polarisierung war er machtlos.

Die deutschen Politiker, aber auch die deutschen Medien haben eindeutig gegen Donald Trump Stellung bezogen. Ist dies aus der Sicht des Wissenschaftlers überhaupt gerechtfertigt?

Berg: Es ist verständlich, dass Donald Trump in Deutschland nur wenige Anhänger hat. Seine Forderungen und sein politischer Stil werden zu Recht als extrem beziehungsweise vulgär empfunden. Die deutschen Medien müssen auf ihn jedoch keine Rücksicht nehmen und dürfen ihn ebenso hart kritisieren wie andere deutsche oder ausländische Politiker. Ob es für die politisch Verantwortlichen klug ist, sich festzulegen, steht auf einem anderen Blatt. Andererseits hat Trump auch nie ein Blatt vor den Mund genommen.

Die Vorherrschaft der europäischstämmigen weißen Amerikaner bröckelt. Welche Gefahren drohen, wenn dieser Prozess an Dynamik gewinnen sollte?

Berg: Diese Entwicklung ist seit vielen Jahrzehnten im Gang und sie wird mit Sicherheit weiter an Dynamik gewinnen. Die meisten Bevölkerungsprognosen gehen davon aus, dass bis zur Jahrhundertmitte die europäischstämmigen weißen Amerikaner keine demografische Mehrheit mehr stellen werden. In Kalifornien ist dies bereits der Fall. In der Tat ist die Polarisierung der USA ohne diese demo-

grafischen Entwicklungen und die Furcht vieler weißer Amerikaner vor dem Verlust der kulturellen, politischen und ökonomischen Hegemonie nicht zu verstehen. Andererseits ist es unmöglich, diese Veränderungen rückgängig zu machen, auch wenn Donald Trump dies verspricht und die USA mit Mauern abschotten möchte. Allerdings stehen die USA mit diesen Konflikten nicht allein. Der ethnisch homogene Nationalstaat ist ein historisches Auslaufmodell. Es wird für die USA darauf ankommen, in einer fragmentierten multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft einen neuen Konsens zu finden, wie es das Motto des Staatssiegels verspricht: E pluribus unum. Auch Deutschland und viele andere Länder stehen vor ähnlichen Herausforderungen.

BNN-Interview

Zur Person

Manfred Berg

Manfred Berg ist einer der profiliertesten Kenner Amerikas in Deutschland. Von 1989 bis 1992 war Berg Mitarbeiter an der Schurman-Bibliothek für Amerikanische Geschichte des Historischen Seminars in Heidelberg.

Seit 2005 ist er Inhaber der Curt-Engelhorn-Professur für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. BNN